Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.96 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 138. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 16. Juni 1933. | 15. Jahrgang.

Restlos geht kein Tag zu Ende.
Richt' es, schlicht' es, wie du willst . . .
Eine Sorge, eine Frage
Zwirnt sich stets zum andern Tage.
Flicht' es, schlicht' es, wie du willst.
Doch vielleicht auch eine Freude
Wägst du mit gerechter Waage.

Caesar Flaischlen.

Technik und Arbeitslosigkeit.

Für die nun schon mehrere Jahre andauernde Wirtschaftskrise sind von den verschiedensten Seiten alle möglichen Gründe vorgebracht worden. Zum Teil vielleicht nicht ohne Absicht, damit der verbreitete Nebel die wirklichen Ursachen nicht erkennen läßt. Abgesehen von den oberflächlichen, wie Geburtenrückgang, Sonnenflecken, Verlust des Krieges und der Kolonien ist wohl die Ansicht am meisten verbreitet, daß die fortschreitende Technisierung der Wirtschaft an der Wirtschaftsstockung schuld sei. Daß dem nicht so ist, soll in folgendem dargelegt werden.

Wenn es nämlich so wäre, dann könnten wir zur Behebung des Notstandes nichts Besseres tun, als zu den Arbeitsmethoden der Steinzeitmenschen zurückzukehren. Aber dann würde dem größten Teil unseres Volkes die Möglichkeit genommen, auf der heutigen Fläche seinen Lebensunterhalt zu finden, wenn wir ohne Dresch- und Mähmaschinen, Eisenbahnen, Schnellpressen, Traktoren, Turbinen usw. leben wollten, und die Kräfte der Maschinen wieder durch menschliche und tierische ersetzten. Daß Deutschland um 1900 dreimal soviel Menschen ernähren und bekleiden konnte wie hundert Jahre vorher, ist gerade dem technischen Fortschritt zu verdanken im Bunde mit den besseren landwirtschaftlichen Anbaumethoden.

Gewiß machen im Einzelfall eine Erfindung oder rationalisierende Methoden Arbeitskräfte überflüssig, wie z. B. im Bergbau der Ersatz von Keilhaue und Fäustel durch den Bohrhammer oder bei der Landwirtschaft die Verdrängung des Dreschflegels durch die entsprechende Maschine. Bohrhämmer und landwirtschaftliche Maschinen erfordern andererseits aber auch wieder neue Fabriken mit Ingenieuren, Meistern und Arbeitern zu ihrer Herstellung. Die Maschinenstürmer übersehen nämlich einmal dieses, sodann aber auch, daß die Technik zahlreiche neue Bedürfnisse weckt und ihre Befriedigung durch die Verbilligung des Produktes erst möglich gemacht wird. Hier nur ein Beispiel:

Vor Gutenberg, als noch die Mönche in mühevoller Arbeit die Bücher „malten", war der Kauf eines Buches nur sehr wenigen möglich, und heute finden wir zahlreiche Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Prospekte usw. auch in der bescheidensten Haushaltung. Kostet doch eine große Tageszeitung mit 12 bis 20 Seiten nur noch 60 Pfennig die Woche. Diese gewaltige Verbilligung verdanken wir zum großen Teil der Erfindung der Schnelldruckpresse. Sie hat keine Arbeitskräfte brach gelegt, sondern durch den gewaltig gestiegenen Verbrauch ist der schreibende Mönch durch eine Armee von Schriftsetzern, Redakteuren, Zeitungsfrauen und Verkäufern ersetzt worden, die alle ihr Brot finden.

Gleiches sehen wir im Verkehrswesen. Als der Mensch noch im Ochsenkarren und später in der Postkutsche reiste, konnten nur Wohlhabende sich eine größere Reise leisten. Die große Masse kam zeitlebens nie über die nächste Umgebung ihres Wohnortes hinaus. Heute ist es auch bei bescheidenen Mitteln allen möglich, bequem und rasch auf der Eisenbahn oder im Auto die größten Entfernungen zurückzulegen. . Die Enkel und Urenkel jener Fuhrleute und Postillone, die vor drei Menschenaltern auf das Dampfroß schimpften, sind Lokomotivführer, Ingenieure, Arbeiter, Chauffeure, Zugführer, Schrankenwärter geworden. Dabei sind weit mehr Menschen im Verkehrswesen tätig als vor hundert Jahren. Und dies alles ist die Folge der Verbilligung des Reisens durch die Technik.

Wird überdies eine Erfindung gemacht, wie z. B. die Nähmaschine oder die Verwendung der Fließarbeit bei der Herstellung des Autos, so wird das Arbeitsprodukt billiger, im ersteren Falle also die Herstellung der Bekleidung. Die Verbilligung führt zu einem größeren Verbrauch und dieser verlangt wieder mehr Arbeitskräfte. Dies haben wir ganz besonders bei Henry Ford beobachten können, durch dessen Arbeitsmethoden die Kosten eines Autos stark gesenkt werden konnten. Andererseits führt die Verbilligung eines Erzeugnisses wieder eine größere Nachfrage nach anderen Dingen herbei. Wenn z. B. die Rationalisierung einer Schuhfabrik den Preis um 10 Prozent verbilligt, werden die ersparten Millionen der Käufer frei für andere Erzeugnisse, für welche bisher das Geld, also die Nachfrage fehlte. Andere Betriebe brauchen jetzt neue Arbeitskräfte, die vielleicht in der Schuhindustri überflüssig geworden waren. In solchen Fällen mögen wohl vorübergehende Teilkrisen auftreten, niemals aber Krisen wie die heutige, von der auch Arbeitsstätten erfaßt werden, die noch nach Urväterart betrieben werden.

Verbilligt aber der Schuhfabrikant sein Erzeugnis nicht und behält er den Mehrgewinn für sich und sein Personal, so kann er das Mehr zur Erweiterung seiner Anlagen verwenden oder einem anderen für denselben Zweck leihen. In beiden Fällen wird aber neue Arbeit geschaffen, es sei denn, daß der Mehrertrag gehortet würde. Aber auch die am Mehrgewinn teilnehmenden Arbeiter verbrauchen nun mehr und steigern dadurch die Nachfrage nach neuen Arbeitskräften.

Denkt man das Problem zu Ende, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der technische Fortschritt keineswegs Not und Mangel zur Folge haben kann. Wäre diese Anschauung richtig, so müßte ja im Jahrhundert der Erfindungen, im 19., die Krise sich stetig verschärft haben. Aber was sehen wir: nach den Befreiungskriegen, dann von 1874—1894 Wirtschaftsstockung, aber 1850—1873 und 1894—1914 mit kleineren Rückschlägen Hochbetrieb der Wirtschaft, verbunden mit steigendem Volkseinkommen. Ja, die nach dem Kriege auf das stärkste rationalisierte amerikanische Wirtschaft hatte von 1922 bis 1929 keine Arbeitslosen.

Die Anhänger Gesells sehen nun die Ursache dieser Erscheinung, wobei anscheinend der Fortschritt den Mangel verursachen soll, nicht in der Maschine, die bestimmt ist, das Leben erträglicher zu gestalten und zu verschönern durch Verbilligung der kulturellen Bedürfnisse, sondern in der ungenügenden Versorgung der arbeitsteiligen Wirtschaft mit dem Tauschmittel Geld, bezw. seinem stockenden Umlauf. Je mehr der technische Fortschritt die Güter verbilligt, desto mehr muß der Verbraucher, der ja auch meist Erzeuger ist, instand gesetzt werden, das Mehr aufzunehmen. Das heißt, die Menge des Tauschmittels darf nicht von der Größe irgendeines Goldhaufens, sondern von dem Bedarf der Wirtschaft abhängig gemacht werden. Dann werden Häuser, Kleider, Schuhe, Hausrat, Nahrungsmittel usw. solange hergestellt werden können, als Bedarf nach ihnen da ist, und Bedarf ist immer da. Unterliegt doch alles dem Zahn der Zeit und dem Verbrauch. Die Menschheit wird nie in süßem Nichtstun nach und nach versumpfen. Allerdings wird bei einer bei weitem besseren Bedarfsbefriedigung als heute die Arbeitszeit nach und nach heruntergesetzt werden können und der Bergmann in der Steinkohlengrube mag dann bei 4 Stunden Berufsarbeit sein Auskommen finden. Das Mehr an Zeit kann dann für Gartenarbeit, Sport, Wandern, Musik, Weiterbildung oder sonst eine Liebhaberei Verwendung finden. Hier soll nun durchaus nicht der Arbeit am laufenden Band das Wort geredet werden, denn die bei steigendem Einkommen der Arbeiter jeder Art einsetzende Nachfrage nach Qualitätsarbeit wird ganz anders als in der heutigen Zinswirtschaft die gediegene Handarbeit wieder zu Ehren bringen und die Schundware verdrängen:

Man kann als völkisch empfindender Mensch die Wirtschaftsauffassung eines so klugen Kopfes wie Rathenau ablehnen und ihm andererseits aber zustimmen, wenn er in einer Broschüre „Die kommende Wirtschaft" schreibt:

„Alle Mechanisierung erfordert Einrichtungen und diese enthalten ein ungeheures Maß von aufgespeicherter Arbeit und Erfindung, von lebendigem Kapital. Alle vorhandene Arbeitsaufspeicherung der Erde, soweit sie materieller Art ist, hat die Form von Einrichtungen, von Produktionsmitteln angenommen, und ihre Vermehrung kann nicht schneller fortschreiten als die jährliche Ersparnis der Welt, mit der sie gleichbedeutend ist. Deshalb hat es nie eine einseitigere Theorie gegeben als die von der Maschine, die den Arbeiter brotlos macht. Jede Arbeitsersparnis kommt der Vermehrung des Einrichtungsparks der Erde zugute und seine Auffüllung in Jahrhunderten wird bewirken, daß der Nutzeffekt der Arbeit sich erhöht, die verfügbare Verzehrmenge wächst, die Arbeitszeit sich verkürzt und die Lebenshaltung sich erhöht."

Ein bekannter Techniker schrieb dieser Tage ebenfalls: „jetzt sind wir wieder in einer Periode, wo die Menschen Angst vor der Technik haben. Aber die Technik ist gewiß nicht schuld an den jetzigen Verhältnissen. Schuld ist vielmehr, daß die Menschen den Fortschritten der Technik auf anderen Gebieten nicht schnell genug folgen konnten, wie z. B. mit ihren sozialen Anschauungen und ihrer finanzwirtschaftlichen Organisation. Die Technik lehrt Werte schaffen, aber niemand lehrte den Menschen, sie richtig zu verteilen. Eine richtige Ueberproduktion wäre erst dann zu befürchten, wenn einmal alle Menschen gute Nahrung hätten, alle warm und gut gekleidet wären, alle eine Wohnung hätten, die ihnen eine Heimat wäre."

Wem es nach einer gründlicheren wissenschaftlichen Beweisführung verlangt, der greife zu der Schrift „Absatzstockung und Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung" (im Aufwärts schon besprochen) und zu der vor kurzem erschienenen „Tauschmittel und Währung." Beide sind vom Verlag Reichsbund deutscher Technik, Berlin W. 35, zum Preise von je 50 Pf. zu beziehen.

W. Weber.

Ostpreußen und der Korridor.

700-Jahrfeier der Stadt Marienwerder.

Eindrücke einer Grenzlandfahrt.

Marienwerder, Pfingsten 1933.

1233. Hermann Balke, der erste Landmeister des deutschen Ritterordens legt den Grundstein zur Stadt Marienwerder. Pfingsten 1933 feiert die Stadt ihre 700-Jahrfeier, feiert sie, um sie tausenden Besuchern aus ganz Ostpreußen, Danzig und dem Reich den uralten Kampf dieser Stadt um das Deutschtum des Weichsellandes gegenwärtig zu machen. Um in einem Rückblick auf die wechselvolle Geschichte des Landes den Willen zu bekunden, auch in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten diesen Kampf erfolgreich weiterzuführen.

Wie schön und deutsch ist diese Stadt! Malerisch liegt sie am Hange des zur Weichselniederung abfallenden baltischen Höhenrückens. Das Wahrzeichen der Stadt sind die zu einer machtvollen Einheit zusammengefügten, wuchtigen Bauten des deutschen Ritterordens — Dom, Schloß und Dansker. Wuchtig und trutzig ragen sie am Steilhange empor, eine Festungsanlage großen Stils, Zeichen des Wehrhaftigkeitsgedankens des Ritterordens. Der Dom, die priesterliche Idee des Ordens verkündend, ist in den Festungsgürtel einbeschlossen, unmittelbar mit dem Schloß verbunden. Ein sinnfälliger Ausdruck für die doppelte Aufgabe des Ordensritters: Priester und Krieger! Während Dom und Schloß mit dem sie verbindenden 60 Meter hohen Bergfried den Höhenrand krönen, ist Dansker, Wehrmauer und Wehrturm kühn in die Weichselniederung vorgeschoben.

Welch wechselvolle Geschichte hat diese Stadt. Bald nach der Besitzergreifung und Kolonisierung des Landes durch die Ordensritter gilt es, das gewonnene Gebiet gegen die anstürmenden Polen zu verteidigen. In dem verheerenden dreizehnjährigen Kriege hält die Stadt und der Ritterorden stand. Im „ewigen" Frieden von Thorn (1466) fallen dem Orden als Lohn Marienwerder und ein 20 Kilometer breiter Zugang zur Weichsel zu. Doch schon 12 Jahre später rennen die polnischen Heere die Domburg von neuem an.— Vom Dom aus, wohin sich die Bürger gerettet haben, schießen sie mit Brandpfeilen ihre Häuser in Brand. 1525 hält Herzog Albrecht von Hohenzollern, der letzte Hochmeister, als erster weltlicher Landesfürst seinen Einzug in die Stadt. 1772 kommt Friedrich der Große nach Marienwerder, entwirft die Pläne für die Zurückführung Westpreußens zum deutschpreußischen Vaterlande — nachdem Kulmer- und Ermland im Thorner Frieden zu Polen gekommen war — und errichtet die Provinzialbehörden seiner neuen Provinz. Das Versailler Diktat zerreißt die Verbundenheit Ostpreußens mit dem Reich durch den polnischen Korridor und macht Marienwerder erneut zur Grenzstadt.

Heute, des Zugangs zur Weichsel beraubt, von der ehemaligen Provinz Westpreußen abgeschnitten, ist Marienwerder der Eckpfeiler der deutschen Wacht an der Weichsel.

Dies alles wird dem Besucher der Feststadt lebendig gemacht. Feierstunde im Dom. Machtvolles Bekenntnis, nicht nur der Westpreußen, sondern auch der Schicksalsgenossen aus dem Memelland und aus Danzig zum deutschen Mutterland. Ausklingend in dem Mahnwort: Danzig und Marienwerder wie durch 700 Jahre, so auch in alle Ewigkeit deutsch!"

Historischer Festzug. In ergreifenden Bildern werden die Höhepunkte des 700-jährigen Grenzlandkampfes Marienwerders vor Augen geführt. Der Aufmarsch der nationalen Verbände, jubelnd begrüßt von der riesigen Menschenmenge, die dicht gedrängt die Straßen umsäumen, beschließt den eindrucksvollen Festzug.

*

Die Tragödie an der Weichsel.

Nicht nur die landschaftliche Schönheit Marienwerders, nicht nur Feierstunde und historischer Festzug bilden die Anziehungspunkte für die Besucher aus dem Reich und aus Danzig. Genügen doch schon 15 Minuten Kleinbahnfahrt, um in Kurzebrack die Ungerechtigkeit und

411 Stadt.Bibliothek S 839

Willkür des Korridors mit eigenen Augen zu schauen. Wird doch nirgends der Unsinn der Grenzziehung deutlicher als hier.

Die Grenze zwischen Polen und Ostpreußen — aus dem östlich des Korridors verbliebenen Rest-Westpreußen wurde der Regierungsbezirk Westpreußen, der Provinz Ostpreußen eingegliedert, gebildet — verläuft nicht, wie dies zwischen Polen und dem Freistaat Danzig der Fall ist und wie dies auch im Versailler Vertrag vorgesehen war, in der Mitte der Fahrrinne der Weichsel, sondern überall auf dem östlichen, ostpreußischen Ufer der Weichsel. An drei Stellen sind durch die Grenze überdies auf dem östlichen Weichselufer größere Brückenköpfe für Polen herausgeschnitten worden.

Einer dieser Brückenköpfe ist der Hafen von Kurzebrack. Hier bildet den Zugang zur Weichsel für die ostpreußische Bevölkerung ein 4 Meter breiter und durch einen polnischen Schlagbaum gesperrter Weg. Um diesen Zugang aber benutzen zu können, muß eine Erlaubnis aus dem ungefähr 50 Kilometer entfernten Dirschau eingeholt werden. Also: Einreiseerlaubnis nach Polen, Fahrt nach Dirschau. Kein Wunder, daß heute üppiger Graswuchs auf dem früher viel beanspruchten Weg gedeiht.

Nördlich von Kurzebrack gegenüber Mewe ist ein beträchtliches Gebiet, in dem sich nicht weniger als 5 Dörfer befinden, als zweiter Brückenkopf zu Polen gekommen, obwohl die Dörfer mit dem übrigen Marienwerderer Niederungsgebiet völlig eine wirtschaftliche Einheit bilden.

Der dritte der Brückenköpfe befindet sich südlich von Kurzebrack, östlich der abgebrochenen Weichselbrücke. Welcher Vandalismus! Diese Brücke, die Münsterwalder Eisenbahn- und Chausseebrücke, von 1907—1909 mit einem Kostenaufwand von 9 Millionen Mark gebaut, Verbindungsbrücke des Wirtschaftsgebiets West- u. Ostpreußens mit dem übrigen Deutschland, wurde von den Polen 1928 abgebrochen. Dadurch ist die Weichsel nicht nur eine polnische Binnenschiffahrtsstraße geworden, sondern überdies auch für den Transitverkehr praktisch bedeutungslos.

Das Ungeheuerlichste aber ist, daß die Grenze das kunstvolle Deichsystem der Marienwerderer Niederung in „nur" 8 Teile zerschneidet: 4 Teile zu Polen, 4 Teile zu Deutschland. Welch eine Gefahr in Hochwasserzeiten. Wie sehr, das lehrt die Geschichte, mehr als einmal hat in der Zeit der polnischen Herrschaft nach dem zweiten Thorner Frieden ein Deichbruch auf polnischer Seite die blühenden Fluren vernichtet. Auch heute sind die Spuren der Vernachlässigung des Stromes und des Deiches polnischen Gebietes unschwer zu erkennen. Im Falle eines Konflikte ist die Niederung der willkürlichen Ueberschwemmungsgefahr ausgeliefert.

Und wie sollen sich angesichts einer solchen Grenzziehung Konflikte vermeiden lassen?

Grenzlandfahrt!

Revision des Versailler Schandvertrags?

Wem hier so die Bedeutung des Korridorproblems aufgegangen ist, der weiß, daß diese Revision kommen wird und muß.

Walter Haag.

Deutscher Kulturboden oder deutsche Einbruchsstelle?

Um die Siedlung im Kreise Flatow.

Der Plan einer großzügigen Siedlung im Kreise Flatow, der auf einem Gebiete von 7000 Morgen die Ansetzung von etwa 100 bodenständigen Bauern vorsieht, hat die polnische Presse in helle Aufregung versetzt. Im Brustton eines gewiegten Demagogen brandmarkt der „Glos Pogranicza i Kaszub" den deutschen Drang nach Osten, bezeichnet den deutschen Ostraum als unzweifelhaft polnisch und nennt unsere engere Heimat eine germanische Einbruchsstelle in slawischem Gebiet. Es steht geschichtlich fest, daß das Land rechts der Oder alter germanischer Kulturboden ist. Erst im 6. nachchristlichen Jahrhundert begann ein langsames tastendes Vorschieben slawischer Stämme in den seit der Völkerwanderung menschenleeren Raum. Bald nach der ersten Jahrhundertwende setzte dann eine bewußte Heranziehung deutscher Kolonisten durch polnische Fürsten ein, deren nur zeitweise unterbrochener Zustrom dem Lande eine vollkommen deutsche Prägung gab.

In diesem Zusammenhang beschäftigt sich die polnische Zeitung wieder mit der angeblich antipolnische Tätigkeit der Ansiedlungskommission, ohne den Beweis zu erbringen. Bismarck trieb keine polenfeindliche Politik und die Zwangsankäufe polnischen Grundbesitzes während der 30-jährigen Tätigkeit der Ansiedlungskommission beschränkte sich auf nur vier Fälle. Die Lage jenseits der Grenze ergibt ein Bild sinnloser Enteignungswut, die die Wirtschaftlichkeit der ehemals preußischen Gebiete vollkommen untergraben muß. Bis zum Jahre 1926 waren in Posen und Westpreußen 500 000 Hektar deutschen Privatgrundbesitzes in polnische Hände übergegangen. Das Agrargesetz vom Dezember 1925 wurde ein weiteres Instrument zur Entrechtung und Enteignung der Minderheiten. In den Jahren 1926 bis 1932 sind in den beiden uns geraubten Provinzen weitere 146 000 Hektar zwangsweise enteignet worden. Die Parzellierungskurve bewegt sich von Jahr zu Jahr in steigender Richtung. Die Methoden dieser brutalen Enteignungen einer bodenständigen deutschen Bevölkerung suchen in der Geschichte Vorbilder, die sie kaum zu geben vermag.

Die Ansiedlung deutscher Bauern als kultureller Grenzwall hat sich stets bewährt. Es muß hervorgehoben werden, daß die beabsichtigte Siedlung im Kreise Flatow nur auf deutschem Grund und Boden erfolgen wird. Entsprechend der letzten großen Reichskanzlerrede lehnt die nationalsozialistische Kreisverwaltung Methoden der Gewalt, wie sie uns jenseits der Grenzpfähle ständig gewiesen werden, ab. Auch der „Glos Pogranicza" hält die polnische Bauernsiedlung zur Wahrung des polnischen Charakters des Landes für zweckmäßig, die im ehemals deutschen Teilgebiete Polens nur durch Enteignung deutschen Besitzes durchgeführt werden kann. Vom Standpunkt der Nationalpolitik und der Wahrung der Rechte einer bodenständigen Bevölkerung müssen wir derartige Maßnahmen ablehnen. Der „Glos Pogranicza" gibt zum Schluß seiner Betrachtungen die Losung aus: Keine Handvoll Landes in deutsche Hände. Er warnt vor einem Verkauf, da schwarze Listen aufgestellt werden würden, die jeden Polen öffentlich brandmarken würden.

Korruptionsskandal bei der Postsparkasse

Verhandlungsbeginn in Berlin.

In der ersten Verhandlung gegen den Postsekretär Kugler und den Dentisten Griebel von der Postsparkasse, begann man zunächst mit der Vernehmung des Hauptangeklagten Kugler, dessen Einkommensverhältnisse der vergangenen Jahre eingehend zur Sprache kamen. Vor allem die Behauptung Kuglers, er habe sich über die Inflationszeit ein Vermögen von rund 20 000 Mark gerettet, erschien dem Vorsitzenden sehr unwahrscheinlich.

Riga sperrt deutsche Einfuhr

„Gegenschlag" gegen die Buttersperre.

Berliner Blätter melden aus Riga, daß Lettland seine Grenzen für die gesamte Einfuhr aus Deutschland gesperrt hat. Begründet werden diese Maßnahmen mit der deutschen Einfuhrsperre für lettische Butter. Der Finanzminister habe allen Zollstellen Befehl erteilt, bis auf weiteres keine Waren mit deutschen Ursprungszeugnissen mehr abzufertigen.

Nach einer offiziellen Mitteilung des lettländischen Außenministeriums wird der deutsch-lettische Handelsvertrag durch die Buttersperre als gebrochen angesehen. Damit werden auch die Meistbegünstigungsrechte sowie die für deutsche Waren gültigen Einfuhrkontingente außer Kraft gesetzt.

*

Den wirtschaftlichen Konflikt hat Lettland selbst heraufbeschworen. Vor einiger Zeit hat in Lettland eine ungerechtfertigte Boykottpropaganda der Sozialisten gegen deutsche Waren eingesetzt, so daß die deutsche Regierung zu Gegenmaßnahmen gezwungen war. Deutschland hat als Abwehrmaßnahme die Einfuhr von Butter aus Lettland zunächst verboten, um Lettland Gelegenheit zur Eindämmung des Boykotts deutscher Waren zu geben. Jetzt hat aber die lettische Regierung eine weitere Verschärfung des Handelskonfliktes damit heraufbeschworen, daß sie überhaupt keine deutschen Waren mehr über die Grenze lassen will. Der Hauptleidtragende bei diesem Konflikt ist die lettländische Wirtschaft selbst, denn Lettland gehörte bisher zu unseren größten ausländischen Butterlieferanten, während Deutschlands Ausfuhr nach Lettland demgegenüber ganz minimal ist. In lettländischen Wirtschaftskreisen hofft man, daß eine unmittelbare Aussprache der beiden Außenminister in London zu einer baldigen Beilegung des Handelskonfliktes führen wird.

Fettplan bleibt in Kraft

Unter Zurückweisung der verschiedentlich aufgetauchten irrigen Auffassungen, wonach der Fettplan der Reichsregierung angeblich am 1. Juli außer Kraft gesetzt werden soll, wird von zuständiger Stelle betont, daß die Maßnahmen des Fettplanes unbefristet sind und entsprechend den Beschlüssen der Reichsregierung unverändert in Kraft bleiben werden. Befristet waren bekanntlich lediglich die Ausführungsbestimmungen über die Festsetzung des Margarinekontingents, und zwar zunächst auf drei Monate.

Inzwischen hat der Deutsche Industrie- und Handelstag bereits entsprechende Vorschläge gemacht. In einer Entschließung wird die Erhöhung der Kontingentierung auf mindestens 75 Prozent für Margarine und Speisefette als erforderlich bezeichnet. Die Hälfte des Margarinekontingentes soll unter Kennzeichnung in billiger Konsumware hergestellt werden. Den Margarinefabriken soll die Auflage gemacht werden, die früheren Abnehmer im Verhältnis zu Belieferungen Oktober bis Dezember 1932 nach Mengen und Sorten zu beliefern unter Wegfall der Belieferung von Einheitspreisgeschäften und Glas- und Porzellangeschäften.

Erklärung des Reichskampfringsführers

Der Reichskampfringführer der Deutschnationalen Front, Staatssekretär von Bismarck, übergibt der Oeffentlichkeit eine Erklärung, in der er die Behauptungen, der Deutschnationale Kampfring dulde kommunistische Elemente in seinen Reihen, zurückweise.

Die Führer des Kampfringes haben den Befehl erhalten, ehemalige Angehörige der KPD. und SPD. des Reichsbanners oder ihrer Nebenorganisationen, die nach dem 30. Januar 1933 dem Kampfring beigetreten sind oder sich zum Beitritt angemeldet haben, sofort aus den Listen des Kampfringes zu streichen, wenn sie nach dem 1. Januar 1932 noch aktiv in marxistischen Organisationen tätig waren.

Kaiser Friedrich.

Ein Gedenkblatt zu seinem 45. Todestag am 15. Juni.

Dort wo der ernste Westerwald seine dunklen Wälder öffnet und in das in üppigem Rosenschmuck leuchtende Lahntal hinabblickt, steht ein altes Gemäuer, die Sporkenburg genannt. Einst waffenklirrender Schauplatz großer Geschichte, durch die der Schritt römischer Legionen dröhnt und die Eisenpanzer deutscher Ritter klirren — heute still umdrängt von blühendem Ginster und Jasmin. Nur Waldtauben rufen und ein paar Finken flöten ihre Lieder. Eine von Efeu fast überwucherte Eisentafel an der Burgmauer ruft meine wandernden Gedanken zurück in die Gegenwart. Ich lese:

„Dem Starken, der glorreiche Schlachten geschlagen,
dem Treuen, der heimliche Lasten getragen,
der hier weilte in Waldes Einsamkeit:
Kaiser Friedrich zu Ehren für alle Zeit!"

Vor mir steht die ritterliche Gestalt des fast vergessenen Hohenzollern, der vor einem halben Jahrhundert hier in große deutsche Vergangenheit hineinlauschte. Hell und strahlend will sich sein Bild abheben von dem leuchtenden Hintergrund ruhmreicher Geschehnisse, die im Laufe einiger Jahrzehnte das Deutsche Reich kraftvoll formten. Und doch scheint mir, als wäre das Leben dieses Mannes von dunkler Tragik überschattet gewesen. Unruhige Märztage des Jahres 48: eine schwere Katastrophe scheint über das preußische Königshaus heraufzuziehen. Niemand weiß, wen sie vernichten wird. Da steht in einem Dienerzimmer der junge Herr von Bismarck aus Schönhausen der Prinzessin Wilhelm von Preußen, der späteren Kaiserin Augusta, gegenüber. Der regierende König ist seelisch und körperlich zusammengebrochen, der prinzliche Gemahl verbirgt sich auf der Pfaueninsel und ist im Begriff, nach England zu fliehen. Die Prinzessin möchte die preußische Königskrone ihrem Sohn, dem kaum achtzehnjährigen Prinzen Friedrich Wilhelm retten. Sie ist bereit, für ihn die Regentschaft zu übernehmen und wünscht dazu den Beistand des jungen royalistischen Abgeordneten. Dieser weist ihr Anliegen zurück und stellt sich an die Seite seines Königs. Hätte er zugestimmt, so wäre Friedrich Wilhelm mit achtzehn statt mit — achtundfünfzig Jahren König geworden. So war er vierzig Jahre lang der Wartende, der Erbe! Doch noch zweimal in diesen langen Jahrzehnten kommen Tage, an denen er gleichsam schon auf den Stufen des Thrones steht. Man schreibt die Jahre 61 und 62. Der kranke Onkel ist gestorben, der Vater schon dreiundsechzig. Die jahrelange Regentschaft in unruhiger Zeit, unaufhörliche Konflikte mit dem Abgeordnetenhause wegen der Heeresvorlage haben ihn regierungsmüde gemacht, er trägt sich mit Rücktrittsabsichten. Schwere Tage und Wochen! Und doch welche Aussichten für den kaum dreißigjährigen Sohn, auf den die Liberalen im Lande voll hoffender Erwartung blicken. Und wieder tritt Bismarck helfend neben den König!

Ein Jahrzehnt später. In seltsam schwerer Vorahnung, daß die Kaiserkrone seinem Geschlecht kein Glück bringen werde, will der alte König sie zurückweisen. Wieder will er „zurücktreten und Fritz alles übergeben." Demselben Kronprinzen, der hier in Versailles die größten Stunden seines Lebens erlebt, der seinen kühnen Traum von der Wiederaufrichtung der alten deutschen Kaiserherrlichkeit erfüllt sieht und den Gustav Freytag als „den ersten Urheber und die treibende Kraft für die neue Gestaltung" bezeichnet. Doch wieder entschließt sich der alte Vater Träger der Krone zu werden, und der Sohn beugt huldigend vor ihm das Knie. Er wartet weiter und ist in den besten Mannesjahren nur zur Repräsentation da. Nicht daß er dem Vater nach notvoller Jugend die Freude, Deutschlands Einigung unnd herrlichen Aufstieg noch mitzuerleben, nicht von Herzen gönnen würde! Doch seine tatendurstigen Jungmännerjahre ertragen es schwer, in Zeiten größter Entwicklungen und bahnbrechender Entscheidungen abseits zu stehen und nicht in Verantwortung mitbauen zu dürfen.

Und dies ist die zweite Tragik dieses Hohenzollernlebens: sein Vater hatte die Lösung all der unendlich schweren Zeitfragen des neunzehnten Jahrhunderts, ja den Bau des Deutschen Reichs in die Hände eines Staatsmanns gelegt, dessen Staatsgedanken mit den seinen nicht übereinstimmten, ja, dessen Planen und Handeln er selten billigen konnte. Jahrzehntelang ging der Zwiespalt um die Lösung der deutschen Frage durch Volk und Beamtentum, durch Gesellschaft und sogar durch die Königsfamilie, und der Thronfolger vermochte es nicht, auf der Seite des verantwortlichen Ministers seines Vaters zu stehen. Vergrößert wurde der Konflikt durch die Gemahlin des Kronprinzen, die auch als preußische Prinzessin stets im Herzen Engländerin blieb. Durch sie wurde er ganz zu den liberalen Ideen des Jahrhunderts hinübergezogen; für England richtige Einrichtungen möchte er auf Preußen-Deutschland übertragen — und stößt bei Bismarck auf Granit. Der Konflikt verschärft sich so sehr, daß Bismarck ihm sagt, er werde niemals sein Minister sein. Als nach den ersten Weberaufständen in Schlesien zum erstenmal eine Arbeiterabordnung vom König empfangen wird und Bismarck darauf die ersten staatssozialistischen Verordnungen erläßt, entsprechen sie nicht den Wünschen des Thronerben.

Das unglückselige Attentat auf den alten Kaiser im Jahre 78 veranlaßt Bismarck zum Erlaß der Sozialistengesetze. Der Kronprinz hält diese Maßregel für falsch und lehnt sie ab, darf aber gegen das Ausnahmegesetz nicht sprechen, da es ja angeblich wegen der Bedrohung von seines Vaters Leben gemacht wurde. Und doch, wie sehr widerstrebt es ihm, seine Regierung, sollte sein Vater jetzt sterben, mit Härte und Blut zu beginnen! Unter dem Einfluß seiner Gemahlin steigert sich seine Abneigung gegen den eisernen Kanzler. Dessen ihm oft unbegreifliche Staatskunst, von höchster Genialität diktiert, lehnt er mit bitterer Kritik ab. Auf seiner Seite steht das geistige Deutschland der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, stehen Künstler und Gelehrte wie Rudolf Virchow, Gustav Freytag, Mommsen, Ranke, die ihm ihr vernichtendes Urteil über den Staatsmann seines Vaters zuflüstern.

Und dennoch! Bismarck war es, der ihm das Erbe, das Reich hütete und baute, wenn auch oft auf Wegen, auf denen er ihm nicht zu folgen vermochte. Und zwei Mal, in Augenblicken höchster Entscheidung, trat der Kronprinz neben den Kanzler und half ihm zur Durchführung seiner Pläne; einmal in Nikolsburg nach der Schlacht von Königgrätz, als er dem völlig verzagten Minister, dem es nicht gelingen wollte, den König zum Beendigen des Feld-

Der dritte Tag in London.

England fordert Stabilisierung der Währungen in zwei Etappen.

Zu Beginn des dritten Sitzungstages der Weltwirtschaftskonferenz teilte Premierminister Macdonald mit, die Delegierten der Vereinigten Staaten haben vorgeschlagen, daß man im Verlaufe der Konferenz eine Entschließung über die Frage des Zollwaffenstillstandes zur Beratung stellen wolle. Macdonald fügte hinzu, man sei der Ansicht, daß der bereits beschlossene Zollfrieden ja bis zum 31. Juli in Gültigkeit bleibe. Es sei also nicht notwendig, im Augenblick eine Entschließung über seine Verlängerung zu fassen. Macdonald forderte die Staaten, die das Abkommen über den Zollwaffenstillstand noch nicht unterzeichnet haben, auf, diesen Schritt so bald wie möglich nachzuholen.

Nachdem Hymans einstimmig zum Vizepräsidenten der Konferenz gewählt worden war, ergriff

Bundeskanzler Dollfuß

das Wort. In seiner unerwartet kurzen Rede (sie dauerte nur etwa sieben Minuten) vor der Weltwirtschaftskonferenz trat Dollfuß nachdrücklich gegen jede Abwertung und Inflation ein und drang auf die Regulierung der Produktion und der Ausfuhr als Vorbedingung für die Herabsetzung der Tarife. Weiter teilte er mit, daß Oesterreich für den Zollwaffenstillstand sei. Nach Dollfuß ergriff unter großer Spannung der britische

Schatzkanzler Chamberlain

das Wort. Chamberlain legte die Wirtschaftslage seit dem Kriege dar. Er bemerkte, Großbritannien habe sich allzu hoffnungsvoll daran gemacht, im Jahre 1925 die Vorkriegsbedingungen wiederherzustellen und sei zum Goldstandard zurückgekehrt. Nichts habe gegen einen solchen Schritt gesprochen. Im Gegenteil habe man davon einen Erfolg erwarten können. Es sei damals jedoch nicht erkannt worden, wie weit die erforderlichen Bedingungen für das Wirken des Goldstandards sich verändert hatten. Das unvermeidliche Ergebnis sei ein Sturz des Preises der Waren gewesen.

Chamberlain sagte, eine endgültige Regelung der Kriegsschuldenfrage stehe nicht innerhalb des Programms dieser Konferenz. Aber eine solche Regelung müsse erfolgen, wenn die auf anderen Gebieten ergriffenen Maßnahmen wirksam sein sollen. Eine endgültige Regelung der Kriegsschulden sei notwendig, wenn andere Maßnahmen zur Beseitigung der Krise Erfolg haben sollen.

Die Stabilisierung der Währungen müsse in zwei Etappen durchgeführt werden, und zwar müsse man zuerst die Währungen der Hauptländer ungefähr ins Gleichgewicht bringen, und dann müsse man auf eine Wiederherstellung des Goldstandards hinzielen.

Die Rückkehr Großbritanniens zur Goldwährung habe eine Erhöhung des Preisniveaus zur Voraussetzung, denn nur so könne das Gleichgewicht zwischen Preis und Produktionskosten wiederhergestellt werden.

Vor allem müßten alle Wege besprochen werden, die es einem notleidenden Lande ermöglichen, die zur Beseitigung der Währungsbeschränkungen notwendige finanzielle Unterstützung von den Gläubigerländern selbst zu erhalten.

Alle übertrieben hohen Zolltarife seien herabzusetzen. Dieses Ziel erreiche man am besten durch eine Reihe zweiseitiger Verträge. Solche Vereinbarungen könnten allerdings nur voll zur Wirkung kommen, wenn die Meistbegünstigungsklausel in ihnen enthalten sei. Willkürliche Kontingente seien allmählich zu beseitigen. Regierungsprämien, wie z. B. Ausfuhr- und Schiffahrtsprämien, seien allmählich herabzusetzen und schließlich durch internationale Vereinbarungen zu beseitigen.

Amerikas Appell

Zu Beginn der Nachmittagssitzung der Weltwirtschaftskonferenz sprach als erster der amerikanische Hauptdelegierte Cordell Hull. Hull malte ein äußerst düsteres Bild von der augenblicklichen Weltlage und der herrschenden chaotischen und panikartigen Verhältnisse. Wir würden, so betonte er, das in uns gesetzte Vertrauen täuschen, wenn die Konferenz vertagt werden würde, mit der demütigenden Folgerung, daß wir unfähig sind, eine angemessene neue Politik zu bieten und daß die weltzerstörende Nachkriegspolitik nachdauern muß.

Wenn irgendeine Nation, sagte Hull, die Konferenz zum Scheitern bringen sollte, so werde sie vielleicht zeitweiligen Nutzen daraus ziehen, aber zugleich für unbestimmte Zeit die Hilfe für die Notleidenden in jedem Land verzögern. Diese Nation würde Hinrichtung durch die Menschheit verdienen.

Der wirtschaftliche Nationalismus der Nachkriegszeit, fuhr Hull fort, behindere das internationale Kapital und den Handel. Die Zeit sei für die Regierungen gekommen, aufzuhören, Handelsschranken zu errichten, die nur wieder Vergeltungsmaßnahmen zur Folge haben. Hull erklärte weiter, daß brauchbare Märkte nur erzielt werden könnten durch die Befreiung der kommerziellen Erzeugnisse durch gemeinsame Aktionen aller Regierungen, durch Stabilisierung der Devisen und der Währung und durch die Herabsetzung der Handelsschranken auf ein angemessenes Maß.

Der erste Schritt müßte ein sofortiger allgemeiner Tarifwaffenstillstand sein.

Geeignete Maßnahmen müßten ferner auf dem Gebiete des Geldwesens getroffen werden, um eine größtmögliche Stabilität zu erreichen. Die amerikanische Delegation sei bereit, schloß Hull seine Rede, einen konkreten Vorschlag für alle diese Fragen zu machen.

Sabotage statt Zusammenarbeit.

In der französischen Presse finden sich verschiedentlich Andeutungen über die Ingangsetzung des kürzlich paraphierten Vier-Mächte-Vertrags. So will das „Echo de Paris" ankündigen können, daß vor der Ratifizierung des Viermächtepaktes eine Begegnung zwischen Daladier und Mussolini einerseits und zwischen Daladier und Reichskanzler Hitler andererseits stattfinden werde. Es sei noch nichts festgelegt, doch dürften Verhandlungen zur Vorbereitung dieser beiden Begegnungen als Vorspiel zu den Viererverhandlungen bald beginnen. Bei der Aussprache mit Mussolini werde man versuchen, die zwischen Italien und Frankreich schwebenden strittigen Fragen zu behandeln und möglichst einen freundschaftlichen modus vivendi zu schaffen. Wann und wo die Besprechungen stattfinden, wisse man noch nicht.

Der Londoner Sonderberichterstatter des „Journal", der sich gleichfalls mit der Ingangsetzung des Vier-Mächte-Vertrags beschäftigt, teilt mit, daß der französische Ministerpräsident Daladier dieser Tage eine eingehende Unterredung mit dem italienischen Unterstaatssekretär Suvich gehabt hat, die den französisch-italienischen Unstimmigkeiten gegolten habe, „deren Lösung der Viererpakt erleichtern solle". Der heikelste Punkt sei immer noch die Frage des Gleichgewichtes der Seestreitkräfte.

Bereits in seiner großen Senatsrede vom 7. Juni hat Mussolini den Wunsch ausgesprochen, daß zur praktischen Ingangsetzung des Viererpaktes alsbald periodische Zusammenkünfte zwischen den unmittelbar verantwortlichen Leitern der Außenpolitik der vier Staaten vereinbart werden, ein Gedanke, der auf deutscher Seite lebhaft begrüßt worden ist, weil auch Deutschland die Zusammenarbeit der Mächte zu einer Realität der europäischen Politik machen will. Im Rahmen dieser Staatsmännerzusammenkünfte hätte eine deutsch-französische Aussprache, die übrigens schon früher angeregt worden ist, durchaus nichts Sensationelles an sich.

Bezeichnend für das Interesse, das eine solche deutsch-französische Begegnung findet, ist ein Funkspruch, den die englische Nachrichtenagentur Reuter nach der Abreise des französischen Ministerpräsidenten Daladier von London verbreitete, und in dem davon die Rede war, Reichskanzler Hitler werde bereits am heutigen Donnerstag nach Paris reisen. Demgegenüber ist festzustellen, daß vorerst eine deutsch-französische Besprechung nicht in Aussicht steht. Insbesondere entbehren die Gerüchte über eine Reise Hitlers nach Paris, wie ausdrücklich von bestunterrichteter Seite bestätigt wird, jeder Grundlage.

Im übrigen muß es uns mit Mißtrauen erfüllen, daß Frankreich auch nach der Paraphierung des Vier-Mächte-Vertrags in unveränderter Gegnerschaft gegen Deutschland verharrt. Beispiele dafür sind die Zusicherungen, die Frankreich nach der Paraphierung des Vertrages Polen und der Kleinen Entente gemacht hat, und die diesen Staaten die Furcht vor der Revision der Diktatverträge nehmen sollen. Des weiteren verdienen hier die letzten Beschlüsse des Effektivausschusses der Abrüstungskonferenz Erwähnung, die in kindischer Einfalt auf das Verbot der Arbeitsdienstpflicht abzielen, und die es damit Deutschland unmöglich machen möchten, seine Jugend zur Ordnung und zur Mannhaftigkeit zu erziehen.

Wenn also auch trotz der Paraphierung des Vier-Mächte-Vertrags und trotz der voraufgegangenen erneuten Bekundung des deutschen Friedenswillens noch größte Schwierigkeiten bestehen, so hoffen wir doch, daß die Staatsmänner schließlich doch noch neue Wege beschreiten werden und sie sich so zu sachlichen und zweckdienlichen Verhandlungen bereit finden. Jetzt sind die vier Großmächte Europas an feste Formen und Grundsätze für die nächste Zukunft gebunden. Der Boden des Pakts kann nicht mehr aus Scheingründen verlassen werden, denn gleiche Verantwortung lastet auf den Regierungen, die ihn abschlossen. Sie sind geradezu verpflichtet, sofort an der Vervollkommnung dessen weiterzuarbeiten, was mit dem Viermächte-Pakt noch nicht erreicht wurde. Sie müssen das noch nicht überwundene Mißtrauen zwischen den Staaten durch die weiteren Verhandlungen endgültig beseitigen und an dessen Stelle das offene und ehrliche Vertrauen setzen.

Daraus ergibt sich als erste zwingende Folge des Pakts das Weiterbearbeiten der konkreten europäischen Fragen, denn damit wird überhaupt nur die erhoffte Wirkung des Paktes deutlich sichtbar werden können. Vorerst haben wir ja nur einen Zwischenpakt abgeschlossen, in dem der begrüßenswerte Versuch gelungen ist, den Willen der tatkräftigen Förderung einer gesunden Entwicklung zu verbinden mit dem Willen derer, die immer noch an die starre Erhaltung des status quo denken.

Was das Verhältnis zwischen Italien und Frankreich betrifft, so ergibt sich aus allen Mitteilungen, die in die Oeffentlichkeit gelangen, daß trotz der unzweifelhaften Verbesserung der Atmosphäre die sachlichen Gegensätze fortbestehen insbesondere in der Flottenfrage, in der Italien grundsätzlich die Parität mit Frankreich verlangt, Frankreich dagegen mit Entschiedenheit an dem sogenannten Zweimächtestandard festhält, der seiner Flotte die Ueberlegenheit über die vereinigten Flotten Italiens und Deutschlands sichert. Die Verhandlungen über diese Frage sind seit der Londoner Konferenz von 1930, auf der keine Einigung erzielt werden konnte, trotz aller englischen Vermittlungsversuche vor und während der Abrüstungskonferenz nicht weitergekommen. Ihr Gelingen wäre aber die Voraussetzung einer allgemeinen Einigung über die Flottenabrüstung auf Grund des englischen Konventionsentwurfes.

Was der amerikanische Hauptdelegierte in London, Cordell Hull, in seiner Rede in der Generalaussprache von der Weltwirtschaftskonferenz gesagt hat, eine von Panik ergriffene Welt erwarte Führung von der Konferenz, das gilt auch von den Regierungen allgemein. Den Namen Führung verdient dabei aber nur eine Politik, die von der Erkenntnis ausgeht, daß Diktatverträge nicht für die Ewigkeit geschlossen sind, sondern rechtzeitig durch Revisionen, die den Völkern Sicherheit und Entwicklungsfreiheit geben, ersetzt werden

---

zuges zu bewegen sagte: „Ich bin bereit, Ihnen beizustehen und Ihre Meinung bei meinem Vater zu vertreten." Das zweite Mal war's in Versailles, wo es ihm gelang, den König zu überzeugen, daß er auf die Lösung der deutschen Frage, wie Bismarck sie beschlossen hatte, eingehen müsse.

Die furchtbarste Tragik wartete auf den edlen Hohenzollern in dem Augenblick, als sein uralter Vater die müden Augen schloß. Es schien zuerst nur ein Hofgerücht zu sein, das davon raunte, der Kronprinz wäre schwerkrank und würde wohl kaum die heiß ersehnte Kaiserkrone tragen. Dann, als er nach 40 durchwarteten, oft bitteren Jahren den Thron der Väter bestieg, war er tatsächlich nur noch ein armer, schwer nach Atem ringender Mensch. Seine Seele sucht Stille. „Lerne leiden ohne zu klagen" haucht die versagende Stimme. Ehrgeiz, Feindschaft, alles irdische Begehren versinkt — nur eine Sorge steht riesengroß, drückt wie ein Alp — die um die Zukunft seines geliebten Volkes. Er sieht drohende Wetterwolken an seinem Horizont. Jetzt weiß der Todkranke, der in dem köstlichen Sommerfrieden des Parks von Potsdam zum letzten Mal die Lerchen jubilieren hört und den Duft deutscher Rosen atmet, daß nur der eiserne Schmied des Reiches dieses vor dem Untergang bewahren kann. Und er streckt ihm am vorletzten Lebenstage fiebernd die Hände entgegen, nimmt dann die Hand der Kaiserin, legt sie in Bismarcks Rechte und drückt beider Hände zusammen. Er segnete sterbend, was er im Leben nicht zu erkennen vermochte.

M. Schmidt-Zander.

---

5. Hauptversammlung des Reichsverbandes Deutscher Oberschulen und Aufbauschulen.

Braunschweig, den 3. Juni.

Der Reichsverband Deutscher Oberschulen und Aufbauschulen hielt in unsern Mauern vom 1. bis 3. Juni seine 5. Hauptversammlung ab, die im Jahre der nationalen Revolution von besonderer Bedeutung werden mußte. Die Begrüßungsworte der Behörden und Organisationsvertreter gaben den Beratungen schon Richtung, Ziel und Nachdruck, in dem sie sich unumwunden zu den Bildungswerten und -kräften unseres deutschen Kultur- u. Volksgutes und zu dem Gedanken der deutschen Oberschulen in grundständiger und in Aufbauform bekannten. Die programmatischen Ausführungen des 1. Vorsitzenden des Reichsverbandes, Geheimrats Dr. Fischer (Berlin), „Zur Vereinheitlichung des deutschen höheren Schulwesens" auf breiter geschichtlicher, kultur- und schulpolitischer Grundlage stellten heraus, daß die nationale Bildung bisher — abgesehen von der seit 11 Jahren bestehenden Deutschen Oberschule — nicht zu ihrem Recht gekommen sei. Schuld daran sei hauptsächlich die übertriebene Pflege der Fremdsprachen und die Typisierung der Anstalten. Das deutsche Bildungsgut müsse nicht nur theoretisch, sondern tatsächlich in den Mittelpunkt des Unterrichts gestellt werden, wie es in der Deutschen Oberschule seit Jahren erprobt sei. Sie allein könne bei ihrer Struktur die deutsche Sprache und die Deutsche Kultur so pflegen, wie es notwendig sei, sie allein habe Zeit und Möglichkeit, sprachpsychologische und sprachphilosophische Kenntnisse so zu vermitteln, daß dem Schüler zur Erkenntnis komme, daß die Muttersprache ein Heiligtum sei. Die Hochzeiten unserer Kultur wurden in dieser Schule so eingehend behandelt und durchleuchtet, daß sie gleichsam eine geistige Plattform des Deutschtums bildeten, die das ganze Volk, hoch und niedrig, innerlich eine. Völkische Einheit könne nur entstehen auf Grund eines in der völkischen Kultur wurzelnden gemeinsamen Deutschbewußtseins. In diesem Sinne sei die Deutsche Oberschule die nationale Schule der Zukunft; sie sei aber zugleich auch eine gesunde Schule, die den Menschen nicht als Konstruktion, sondern in seiner völkischen und rassenmäßigen Naturgegebenheit zu erfassen suche. Deshalb empfehle es sich, die von weiten Volkskreisen ersehnte Schulreform an die Deutsche Oberschule anzuschließen und, da Neugründungen zur Zeit nicht in Frage kämen, bestehende andere Schularten in Deutsche Oberschulen umzuwandeln. Die Aufbauschulen seien Schulen besonderer Art und verdienten aus sozialen und völkischen Gründen liebevolle Pflege. Hier solle ein bodenständiger, noch nicht von der städtischen Problematik heimgesuchter und dem Relativismus verfallener, charaktervoller Nachwuchs herangezogen werden, der als Kulturträger eine besondere Mission für das flache Land, das er kenne, liebe und verstehe, zu erfüllen habe. Das Bauerntum sei die biologische Grundlage des Volkstums, es sei nach Goethe als ein Depot zu betrachten, aus dem sich die Kräfte immer wieder ergänzen und auffrischen. Und wenn wir uns wieder an bodenständiges Denken gewöhnen wollten, dann müßten wir gerade den ländlichen Zustrom fördern. Aus der Deutschen Oberschule in grundständiger und Aufbauform lasse sich am besten das Gewand schneidern, daß der deutschen Jugend nach Maß gearbeitet sei.

Das Ergebnis des inhaltreichen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages, an den sich eine rege Aussprache anschloß, wurde in folgender Entschließung zusammengefaßt:

„Der Reichsverband Deutscher Oberschulen und Aufbauschulen, im Innersten verbunden mit den Ideen und Zielen der nationalen Bewegung, erwartet, daß für das ganze Reich die einheitlich gestaltetete Deutsche Oberschule in grundständiger und in Aufbauform zur Regelform der deutschen höheren Schule gemacht wird. Er bittet die Reichs- und Länderregierungen, an Stelle des Abbaues den zielbewußten Aufbau dieser deutschen Schule zu setzen."

Wie die Bildungskräfte des deutschen Kultur- und Volksgutes in der Deutschen Ober- und Aufbauschule ausgemünzt werden, zeigte Studiendirektor Dr. Klee (Homberg) in einem auf längjährige Erfahrung und reiches Material gestützten Vortrag über „Die Lage des deutschen Sprachunterrichts an der Deutschen Oberschule und Aufbauschule."

Prof. O. Hahne (Braunschweig) führte den Teilnehmern in Lichtbild und Führung die reichen architektonischen Schätze der alten Hansestadt vor Augen.

Im Herbst wird der Verband voraussichtlich in Verbindung mit befreundeten Organisationen mit einer großen öffentlichen Kundgebung zur Förderung des Gedankens der Deutschen Ober- und Aufbauschule in die Oeffentlichkeit treten.

Dem Begrüßungstelegramm an unsern Volkskanzler Adolf Hitler, dessen schulpolitische Anschauungen die Ziele des Verbandes weitgehend decken, stimmte die Versammlung in herzlichstem Beifall zu.

müssen. Vergleicht man mit diesen Erfordernissen aber die Zusicherungen, die Frankreich Polen gemacht hat, und nach denen z. B. an eine Revision „ohne Beachtung der im Artikel 19 der Völkerbundssatzung festgesetzten Regeln nicht zu denken sei", wie die französische Regierung auch keinerlei Vorschläge annehmen will, die die Bedingungen ändern sollten, unter denen der Völkerbund die undurchführbar gewordenen Verträge nachzuprüfen hätte, dann ist das schon keine Zusammenarbeit mehr, sondern offene Sabotage des Vier-Mächte-Vertrags. Noch dazu, wo auch in der Vergangenheit schon Revisionen außerhalb des Artikels 19 erfolgt sind, wie die Rheinlandräumung und die Regelung der Tributfrage beispielsweise beweisen.

Deutsche Gegenaktion

Oesterreichs Pressеattaché ausgewiesen

Berlin, 15. Juni.

Der Leiter der österreichischen Presseabteilung der österreichischen Gesandtschaft in Berlin, Dr. Erwin Wasserbaeck, ist als Gegenmaßnahme gegen die Verhaftung des der deutschen Gesandtschaft in Wien zugeteilten Reichstagsabgeordneten Theo Habicht, der gleichzeitig Landesinspekteur der NSDAP. in Oesterreich ist, aus dem deutschen Reichsgebiet ausgewiesen worden. Von zuständiger Stelle wird dazu folgende Darstellung gegeben:

1. Die österreichische Regierung hat sich völkerrechtlich schwer dadurch ins Unrecht gesetzt, daß sie die in korrekter Weise gemachte formale Notifikation über die Zuteilung des Herrn Habicht an die deutsche Gesandtschaft in Wien einfach beiseitegeschoben hat.

2. Sie hat ein noch schwereres Unrecht dadurch begangen, daß sie, während noch die Auseinandersetzung über diese Frage mit der deutschen Regierung schwebt, mit Gewaltmaßnahmen (Haussuchung und Verhaftung) gegen den deutschen Pressеattaché, Herrn Habicht, vorgegangen ist.

3. Sie hat diese völkerrechtswidrige Maßnahme trotz wiederholten schärfsten Protestes bisher in keiner Weise befriedigend bereinigt, insbesondere die Verhaftung noch nicht rückgängig gemacht.

4. Die deutsche Regierung hat unter diesen Umständen sich gezwungen gesehen, von der österreichischen Gesandtschaft zu verlangen, daß ihr Presse-Attaché sofort das deutsche Reichsgebiet verläßt.

Wie eine Wiener Korrespondenz meldet, soll Habicht nach seiner Verhaftung in unwürdiger Weise behandelt und in einer schmutzigen Einzelzelle des Linzer Polizeigefängnisses untergebracht worden sein, so daß er schließlich aus Protest in den Hungerstreik getreten sei. Von amtlicher österreichischer Seite wird allerdings die Richtigkeit dieser Meldung bestritten, Tatsache ist jedoch, daß die österreichische Regierung trotz des schärfsten Protestes des deutschen Gesandten bisher nichts zur Beilegung des Konfliktfalles unternommen und insbesondere keine Freilassung Habichts verfügt hat. Unter diesen Umständen blieb als einzige Antwort nur noch eine Gegenmaßnahme übrig, die nur darin bestehen konnte, daß der Pressеattaché der österreichischen Gesandtschaft in Berlin zum Verlassen des Reichsgebietes gezwungen wurde. Es ist dabei noch darauf hinzuweisen, daß die Behandlung Dr. Wasserbaecks auf jeden Fall in konzilianteren und menschlicheren Formen erfolgt ist als die des Abgeordneten Habicht in Oesterreich.

Mehr als 1000 Verhaftungen

Blättermeldungen zufolge sind bis jetzt mehr als 1000 Funktionäre der Hitlerbewegung in Oesterreich festgenommen worden, darunter zahlreiche Reichsdeutsche. Gegen sämtliche Nichtösterreicher soll das Ausweisungsverfahren eingeleitet werden. So wurden z. B. in Kufstein 19 führende Nationalsozialisten in Schutzhaft genommen. Eine Kompagnie des Feldjägerbataillons zu Rad in Hall hat den Befehl erhalten, sich nach Kufstein zu begeben. In Krems (Wachau) wurden 18 nationalsozialistische Führer, darunter ein pensionierter General, in Polizeigewahrsam genommen.

D. Wasserbäck nach London versetzt

Berlin, 15. Juni.

Der aus Deutschland ausgewiesene Leiter der Presseabteilung der österreichischen Gesandtschaft, Dr. Wasserbäck, ist nach London versetzt worden und wird Berlin noch am heutigen Donnerstag verlassen.

Habicht ausgewiesen

Oesterreichischer Generalkonsul legt sein Amt nieder.

Wien, 15. Juni.

Nach einer Mitteilung des österreichischen Bundeskanzleramtes an die Deutsche Gesandtschaft ist Reichstagsabgeordneter Habicht in Begleitung von zwei Sicherheitsbeamten in seinem eigenen Auto von Linz an die Grenze nach Passau gebracht worden.

Dem gleichfalls der Deutschen Gesandtschaft zugeteilten Herrn Lohrs, der in Wien in Haft ist, ist der Ausweisungsbescheid zugegangen. Lohrs hat Berufung eingelegt. Die Berufung hat für drei Tage aufschiebende Kraft.

Der österreichische Generalkonsul für Baden, Menzinger, hat wegen der deutschfeindlichen Haltung der österreichischen Regierung sein Amt niedergelegt.

Aufruf des Wiener Gauleiters

Wien, 15. Juni.

Der Wiener Gauleiter der NSDAP., Frauenfeld, hat folgenden Aufruf an alle Bundesangestellten erlassen:

„Der Ministerrat hat beschlossen, daß kein Bundesangestellter Mitglied der NSDAP. sein darf. Ohne daß wir uns mit der Behauptung der Staatsfeindlichkeit der NSDAP. auseinandersetzen wollen und unseren schärfsten Einspruch gegen diese durch nichts begründete Behauptung widerrufen, werden hiermit alle Bundesangestellten, um sie vor Gewissenskonflikten zu bewahren, aus dem Verbande der NSDAP. und aus allen ihren Nebengliederungen entlassen. Ihre Mitgliedschaft erlischt mit dem heutigen Tage. Dadurch sind auch sämtliche Funktionäre, die Bundesangestellte sind, ihrer Aemter enthoben und werden angewiesen, ihre Agenden ihren Stellvertretern zu übergeben.

Ich danke allen Parteigenossen und Parteigenossinnen, die in Bundesdiensten stehen, für ihre bisherige aufopfernde Tätigkeit in der Bewegung. Ich weiß, wo sie im Herzen sind, daß keine Maßnahme ihre aufrechte Gesinnung beugen kann. Ich weiß auch, daß der Abschied von Tausenden lieben und treuen Anhängern Adolf Hitlers nur ein kurzer sein wird und wir bald wieder vereint unserer großen, schönen Idee dienen werden. Oesterreich erwache! Heil Adolf Hitler!"

Letzte Meldungen.

Wels telegraphiert an die Arbeitskonferenz.

— Prag, 14. Juni. Der 1. Vorsitzende der SPD, Wels, hat aus Prag (!) an den Vorsitzenden der Arbeitergruppe auf der Internationalen Arbeitskonferenz folgendes Telegramm gesandt:

„Die Sozialdemokraten und die im Geiste der Freien Gewerkschaften kämpfenden Arbeiter Deutschlands begleiten mit lebhaftester Teilnahme Euren Kampf gegen die faschistischen Unterdrücker und Zerstörer der sozialistischen Arbeiterbewegung sowie Euren Protest gegen die Schande der grausamen Verfolgung in Kasernen, Gefängnissen und Konzentrationslagern. Dafür ist Euch der Dank aller freiheitlichen Menschen in Deutschland gewiß."

Offenbar wünscht Herr Wels durch diese Ausstreuungen das Vertrauen bei der Zweiten Internationale wiederzugewinnen, das er durch sein Verhalten im Reichstag im März dieses Jahres eingebüßt hatte. Mit solchen Verleumdungen schafft er weder für seine Bewegung und für sich, noch für Deutschland etwas Gutes.

*

Ein Aufruf Flumes und Dr. Gisevius.

— Dortmund, 14. Juni. Die bisherigen Landesführer des deutschnationalen Kampfringes, Studienassessor Flumes-Dortmund und Dr. Gisevius, Düsseldorf, erlassen folgenden Aufruf:

„Kameraden! Um dem Vaterlande zu dienen, haben wir uns ehrlichen Herzens der Führung Adolf Hitlers unterstellt. Wir bitten die Kampfringkameraden, die seit Jahren mit uns für die nationale Erhebung gekämpft haben, sich unserem Schritt, der aus tiefster Liebe zum Volk und Reich erwachsen ist, sofort anzuschließen. In vertrauensvoller Aussprache hat uns Ministerpräsident Göring die feste Zusicherung gegeben, daß die im Freiheitskampf schon vor dem 30. Januar erprobten Kameraden offene und ehrliche Aufnahme in den Reihen Adolf Hitlers finden. Darum fort mit allem Mißtrauen! Hinein in die Bewegung der Zukunft!"

Abg. Dr. Mierendorff verhaftet

Darmstadt, 15. Juni.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Mierendorff, der Pressechef der letzten hessischen Regierung, ist verhaftet worden.

Keine Sperrung der Einfuhr nach Lettland

Berlin, 15. Juni.

Wie wir erfahren, entspricht die Nachricht, wonach Lettland die gesamte deutsche Einfuhr gesperrt haben soll, nicht den Tatsachen.

Stillhalteverhandlungen erfolgreich

London, 15. Juni.

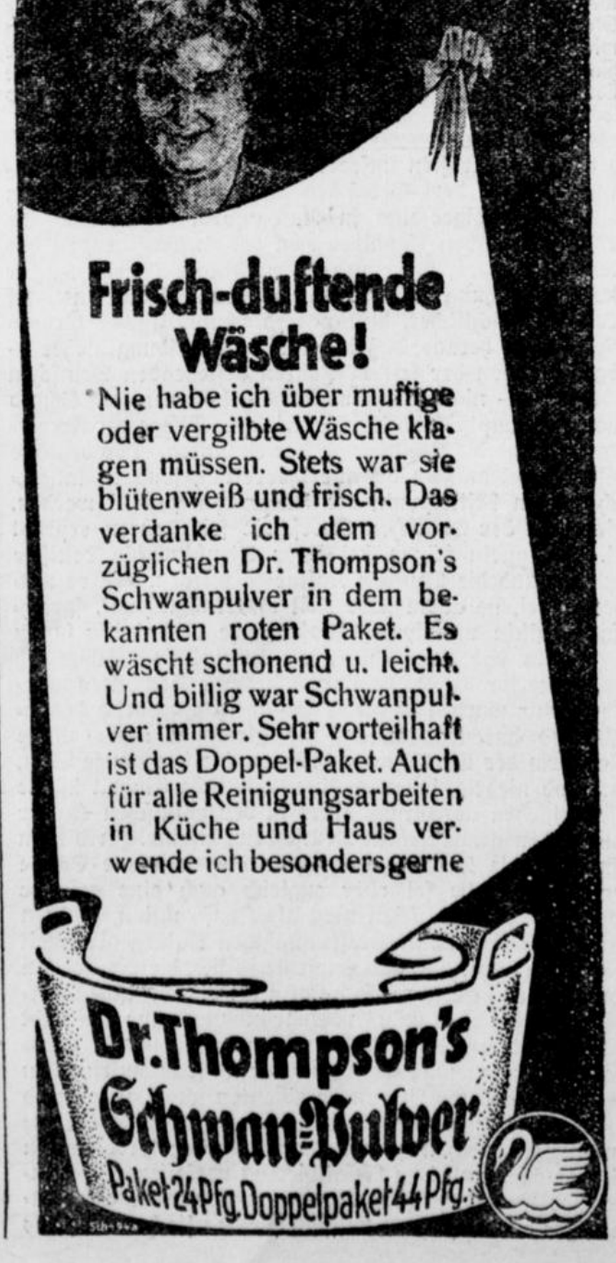
In London fanden Besprechungen mit den Stillhaltegläubigern Deutschlands statt. Wie verlautet, sind die Stillhaltegläubiger bereit, in angemessener und befriedigender Weise Deutschland entgegenzukommen.



Aus Anlaß der Bestimmung Pastor Friedrich von Bodelschwinghs zum Reichsbischof kommen aus allen Teilen Deutschlands Bitten, über Leben und Arbeit Pastor v. Bodelschwinghs etwas Authentisches zu erhalten. Obwohl Pastor von Bodelschwingh schon 23 Jahre, d. h. seit dem Heimgang seines Vaters, die Leitung von Bethel inne hat, ist bisher über ihn und seine Arbeit nichts veröffentlicht worden. Das war nicht möglich, weil dazu die Erlaubnis Pastor von Bodelschwinghs nötig war. Diese würde er nie gegeben haben. Durch seine Ernennung zum Reichsbischof hat sich das insofern geändert, als wir von vielen Seiten aus gedrängt werden, ein kurzes Lebensbild des Reichsbischofs zu veröffentlichen. Der Reichsbischof selbst hat nur widerstrebend sich dem Zwange der Tatsachen gefügt und seine Einwilligung gegeben.

Das Büchlein ist von seinem alten Mitarbeiter Herrn Missionsinspektor Trittelvitz geschrieben. Es enthält außerdem im Anhang im Wortlaut die erste Predigt des Reichsbischofs, die er am Pfingstsonntag in der Zionskirche in Berlin vor einer großen Gemeinde gehalten hat, und eine Würdigung Pastor von Bodelschwinghs als Theologe von ll. Brandt. – Das Buch ist 64 Seiten stark, kostet 30 Pfennig und ist portofrei zu beziehen (Partiebezug Preisermäßigung) durch die

Schriftenniederlage der Anstalt Bethel
Postscheckkonto: Hannover Nr. 49037.



Suche für meine Tochter, 17 Jahre alt, Stelle als
Haustochter
zur gründlichen Erlernung des Haushalts.
Ernst Steinhaus, Oberwiehl (Rheinland).

Arbeitsfreudig. fröhliches Mädel 25 Jahre, kinderlieb, im Haushalt gut bewandert, sucht Stelle als
Stütze.
Angebote unter A 3379 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Reise
nicht ohne Photo-Apparat und Material
von
Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Donnerstag abend: Singekreis

— **Weggenossen-Kreis**, Donnerstag, abends 8¼ Uhr bei Becks, Bethelweg. Vorbereitung zu Römer 7

— **Kirchenchor.** Die Mitglieder werden dringend gebeten, am Donnerstag 8¼ Uhr ganz vollzählig zur Uebungsstunde zu kommen. Die Darbietungen an diesem Bethel-Jahresfest werden wahrscheinlich einem größeren Publikum zugänglich gemacht. Deshalb muß noch eine gründliche Probe stattfinden. Die Kantate: „Selig sind die Barmherzigen" bitte mitbringen.

— Heute, Donnerstag, 8¼ Uhr in Gosen

Blaukreuzstunde.

Jedermann ist herzlich eingeladen.

Wasserverbrauch einschränken!

Eine unserer Wasserwerkspumpen hat einen Schaden erlitten. Ihre Wasserförderung fällt für die nächste Zeit aus. Es wird dringend gebeten den Verbrauch des Leitungswassers einzuschränken.

Die nahende Sommerzeit zwingt uns, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß es notwendig ist, mit unserem Wasservorrat sorgfältig hauszuhalten. Das Sprengen in den Gärten mit Wasser aus der Wasserleitung ist verboten. Es wird dringend gebeten, diese Anweisung genau zu beachten. Der Anstaltsvorstand.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.